

Die Bauergewerkschaft

Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,— RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr
Nr. 38 - 31. Jahrgang Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3 Berlin, 20. September 1930

4. Internationaler Kongreß christlicher Bauarbeiterverbände

Viele Wege müssen heute gegangen werden, um dem Wohle des Arbeiter- und Berufsstandes zu dienen. Die Berufsorganisation bildet immer die erste und Richtung gebende Grundlage. Durch sie wird den realen Bedürfnissen zu nächst gebient. Sie lehrt aber auch die Erkenntnisse, die notwendig sind, um vom Leben mehr zu haben als Essen und Schlafen. Die kulturellen und staatspolitischen Ansprüche des Arbeiters ergeben sich urwüchsig aus der Befriedigung seiner wirtschaftlichen Bedürfnisse.

Gewerkschaftliche Aufgaben liegen heute auch nicht mehr so einfach wie in den Gründerjahren. Immer mehr schafft das Wirtschafts- und Gesellschaftsleben Verflechtungen und Ueberschneidungen, die bei Beurteilung der Wege zum Aufstieg beachtet werden müssen. Längst ist unsere Wirtschaft aus dem Bereich des regional Engbegrenzten über die Volkswirtschaft zur Weltwirtschaft hinausgewachsen. Auch das in der Bodenverbundenheit liegende Baugewerbe wird von diesen Verflechtungen mehr erfaßt, als schlechthin bei erstmaliger Betrachtung gesehen wird. Neben der berufswirtschaftlichen Verflechtung steht aber stärkstens die sozialwirtschaftliche Verbundenheit mit der großen Welt.

Internationale Verbindungen der Arbeiterchaft, auch der Bauarbeiterchaft, sind heute Notwendigkeiten, die beim Aufstiegswollen des Berufsstandes nicht übersehen werden können. Die internationale Verflochtenheit anderer Wirtschaftskreise, des Geldwesens, oder auch sozialistischer Konkurrenzorganisation sind uns nicht geistige Beweismittel zur Rechtfertigung eigener internationaler Verbindungen, sondern nur Belege, die unsere Auffassung bestätigen.

Die christliche Bauarbeiterinternationale ist im Jahre 1921 in Fortsetzung vorkriegszeitiger, lockerer Verbindungen gegründet worden. Sie hat inzwischen in Frankfurt, in Luzern und zuletzt vor zwei Jahren in München auf größeren Kongressen der Wichtigkeit über gemeinsame Fragen des Berufsstandes ihre Auffassung kundgetan. Die Hauptarbeit solcher internationaler Verbindungen liegt naturgemäß in den Vorstandssitzungen und bei den Sekretariaten, wo das durch sprachliche Unterschiede und wirtschaftliche Besonderheiten der angeschlossenen Länder zusammengetragene unterschiedliche Material verarbeitet wird.

Gegenseitige materielle Unterstützungen der international verbundenen Organisationen zu Kampfszwecken sollen und werden in der Regel die Aus-

nahme sein. Gegenseitige geistige Unterstützung durch Uebermittlung der abgeschlossenen Tarifverträge, durch Vergleich von Preisen und Löhnen, durch Sammlung und Vergleich der den Beruf betreffenden, gesetzlichen Bestimmungen, Unfallverhütungsmaßnahmen, Vorbeugungs- und Behandlungsmaßnahmen bei Berufskrankheiten, Einwirkung auf Regierungen zu besonderen, für den Berufsstand notwendigen Maßnahmen, Eingaben ähnlicher Art an das Internationale Arbeitsamt, sind einige der auf diesem Gebiet liegenden Aufgaben. Daneben werden selbstverständlich Erfahrungen mit den Arbeitgeberorganisationen, arbeitstechnische Fragen, Unterstützung wandernder Kollegen, Erleichterung des Uebertritts in die Berufsorganisation des Wohn- oder des Arbeitslandes, gepflegt.

Der 4. Internationale Kongreß christlicher Bauarbeiterverbände fand am 3. und 4. September in Marienbad im tschechisch-slowakischen Staatsgebiet statt. Durch eingehende Vorbereitungen waren eine Reihe von Fragen bereits vorgeklärt. Der Vorsitzende des Bundes, unser Kollege Wiedeberg, konnte nach der Begrüßung und allgemeinen Ueberblick über die diesmaligen Aufgaben des Kongresses zum Geschäftsbericht konstatieren, daß die innere und äußere Entwicklung des Bundes erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Aus den eingehenden, schriftlich vorliegenden und mündlich ergänzten Berichten der Bundessekretäre Schaafsma und Andriessen (Holland) war der Aufstieg der einzelnen angeschlossenen Verbände ersichtlich. Die Mitgliederzahl ist seit April 1928 um mehr als 26 000 gestiegen. Den günstigsten Aufstieg konnten die beiden holländischen Verbände buchen, was neben anerkannterwerter Mühseligkeit auch auf die bessere wirtschaftliche Lage in diesem Land zurückzuführen ist. Die vorliegende Neuanmeldungen, für deren Genehmigung noch einige formelle und sachliche Klärungen erfolgen müssen, beweisen die wachsende Einsicht in die Notwendigkeit internationaler Verbindungen. Seit dem letzten Kongreß ist in allen Ländern, am stärksten in Deutschland das Gespenst der Wirtschaftskrise heraufgezogen; starke Prozentzüge der Mitglieder sind arbeitslos. Die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hat weitere Fortschritte gemacht. In Deutschland geben den Ton an die Reichstanzverträge, in Holland überwiegen die Provinz- und Ortsverträge. In einigen Ländern sind die tarif-

lichen Ansätze noch bescheiden. Die starken Unterschiede in der grundsätzlichen wie auch materiellen Seite der Ferienregelung sind auf die verschieden stark gewachsenen sozialen Empfindungen, aber auch auf wirtschaftliche Ungleichheiten zurückzuführen. Besondere Anerkennung verdienen die fleißigen, statistischen Arbeiten des Sekretariats über die Löhne in den angeschlossenen Ländern, die sowohl in der reinen Zahl als auch im finanziellen (umrechnungsmäßigen) Wert, dargestellt sind. Die Ueberblick erstreckt sich aber auch auf die Löhne der einzelnen Berufe und 97 vergleichbare Lohngebiete. Der Bericht des Kassierers fand gleichfalls Anerkennung. Mit besonderer Betonung wurde darauf hingewiesen, die kleineren, noch ausbaufähigen Verbände in einzelnen Ländern zu unterstützen und sie besonders von sich aus stärker an der Arbeit der Internationalen Organisation zu interessieren. Für die Durchsetzung des christlichen Gewerkschaftsgedankens in den bis heute noch nicht erfaßten Ländern soll der Vorstand auch weiter Maßnahmen ergreifen. Die Errichtung eines Sonderfonds für diesen Zweck erschien nicht angebracht. Jedoch können im Bedarfsfalle besondere Beiträge für diesen Zweck beschloffen werden, die dann aber auch von allen angeschlossenen Verbänden gezahlt werden müssen. Die Tarifstatistik und die Ferienübersichten sollen fortgesetzt, eine Statistik über Jugendfragen soll im weitesten Umfang aufgenommen werden. Der Kartellvertrag fand hinsichtlich der Beibehaltung des Mitgliedsbuches dahin Abänderung, daß in Ländern, wo die staatliche Arbeitslosenunterstützung mit der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung zusammenfällt, den Bedingungen des fraglichen Landes Rechnung getragen wird, also im Bedarfsfalle das alte Mitgliedsbuch durch ein Buch des Unterstützungslandes ersetzt wird. Die erworbenen Rechte sollen in dem Ausmaße angerechnet werden, wie sie der übernehmende Verband seinen eigenen Mitgliedern gewährt.

Die Vorstandswahl erbrachte auf Vorschlag der benennenden Landesorganisationen die ungefähre Wiederwahl der bisherigen Leitung. Bundesvorsitzender ist unser Verbandsvorsitzender, Kollege Wiedeberg, 2. Vorsitzender Kollege Johannes Müller aus der Schweiz, Sekretäre: Andriessen und Schaafsma (Holland), Kassierer (Penningmeister) Was (Belgien), 2. Kassierer Berghoff vom christlichen Malerverband Deutschlands, Beisitzer: Gagemeyer (Deutschland), Greif für die Berufs Kollegen im tschechisch-slowakischen Staatsgebiet, Witz für die Kollegen aus Frankreich (Elsas-Lothringen); die anderen angeschlossenen Verbände benennen ihre Vorstandsmitglieder noch zur endgültigen Bestätigung durch den Bundesvorstand.

In der Begrüßungsansprache verwies Wiedeberg treffend darauf, daß heute in der Weltwirtschaft starke Spannungen beständen. Einer übersteigerten Rationalisierung habe man nicht zu gleicher Zeit eine gesteigerte Konsumfähigkeit der Massen gegenübergestellt. Die Wirkung sei starke Arbeitslosigkeit. Heute sei es internationales Problem, die Gütererzeugung und den Güterverbrauch so zu organisieren und zu verteilen, daß diese die menschliche Gesellschaft bedrohenden Mängel verschwinden. Diesen Gedankengängen dienten auch die beiden dann folgenden Vorträge.

Kollege Secretaris (Utrecht), Sekretär des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften, sprach über

die Beziehungen zwischen den Sachinternationalen und der internationalen Arbeiterorganisation (Genf). Er erläuterte zunächst die im 13. Teil des Friedensvertrages von Versailles niedergelegten Grundzüge für die zünftige Notwendigkeit eines internationalen Arbeitsamtes. Im einzelnen wurden dann diejenigen Fragen aufgezählt, die internationaler Regelung bedürftig sind. Als solche zählten u. a. der Grundsatz,

Das Ergebnis des 14. September

Die Wahl- und Mandatsziffern der hinter uns liegenden Reichstagswahl sind aus der Tagespresse bekannt. Wir werden uns in der nächsten Nummer eingehender mit dem Gesamtergebnis beschäftigen. Heute nur so viel: Die Sozialdemokratie führte aus engstirnigstem Parteigoismus die Auflösung des Reichstages herbei. Sie stand mit den Verneinern des heutigen Staates, den Kommunisten und Nationalsozialisten, mit den Verneinern des sozialen Ausgleichs um Hugenberg in einer Front. Sie hat den beiden Exponenten eines andersverstandenen Sozialismus in den Sattel geholfen. Sie hat ihnen Gelegenheit gegeben in einer Zeit wirtschaftlichen Tiefstandes und damit starker, persönlicher Verärgerung Stimmen zu sammeln, die sonst nicht alle dort wären. Für die so ihr höchstes Staatsrecht handhabenden Kreise ist das allerdings keine Entschuldigend, sondern ein Beweis ihrer geistigen Unreife. Von der Auffassung des Volkes über die Hugenberg-Politik ein anderes Mal. Wie ist die Wahl der Sozialdemokratie selber bekommen? Sie hat zehn Mandate weniger, wie im alten Reichstag; gemessen an der stärkeren Wahlbeteiligung ist ihr Mandatsverlust mit rund 36 anzusehen. Das Volk hat entschieden — soweit es sich mit der Sozial-

demokratie befaßt, gegen diese, und damit auch gegen ihre Wahlhelfer aus den freien Gewerkschaften!

Was wird nun? Der Wahlkampf und die vorausgegangenen Auseinandersetzungen im Reichstag haben die innere Unsicherheit im Wirtschaftsleben, das Abflauen der Auslandskredite und die Kapitalflucht aus Deutschland verlängert. Das bedeutete weitere Wirtschaftskrise, Nichtauswirken der behördlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Durch das Wahlergebnis ist ein stärkerer Auktionsdruck zur Belebung der Wirtschaft von innen, zur Kreditübergabe vom Ausland nicht zu erwarten; kleine Geister werden sich weiter mit ihrem Geld in Auslandswerte flüchten. Stillstand und Rückgang des Wirtschaftslebens hat die Arbeiterchaft zu einem starken Teil — ohne Einschränkung der Schuld anderer Kreise — dem Verhalten der Sozialdemokratie zu verdanken. Die Erkenntnis hieraus möge zu den richtigen und nicht zu den falschen (nationalsozialistischen) Schlüssen führen.

Die christliche Arbeiterbewegung ist die verantwortliche deutsche Arbeiterbewegung. In ihr müssen sich alle vereinen, die tüchtigen Verstandes und heißen Herzens den wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg des deutschen Arbeitervolkes im politischen Rahmen unseres Vaterlandes verwirklichen wollen.

die Arbeit über die Wertung als Ware zu erheben, das Recht zum Zusammenchluss sicherzustellen, den Lohn angemessen zu gestalten, den Achtstundentag oder die 48-Stundenwoche zu erstreben, die wöchentliche Arbeitsruhe von 24 Stunden, nach Möglichkeit am Sonntag, zu sichern, Kinderarbeit zu beseitigen, Jugendlöhne einzuführen, den Grundsatz des gleichen Lohnes für beide Geschlechter zu vertreten, die Arbeitsverhältnisse der in einem Lande sich aufhaltenden ausländischen Arbeiter denen des eigenen Landes gleichzustellen, Aufsichtsstellen einzurichten, die Geetze und Vorschriften für den Arbeiterschutz zu überwachen.

Die Entwicklung im internationalen Arbeitsamt ist inzwischen so gegangen, daß die christlichen Arbeiterorganisationen entgegen den Ausschließungsbestrebungen der sozialistischen Arbeiterorganisationen wenigstens im gewissen Umfang an den Arbeiten im internationalen Arbeitsamt beteiligt sind. Wichtig zu wissen ist, daß die Arbeitervertreter, auch wenn sie als Vertreter ihrer Auftragsländer wirken, unabhängig von ihrer Regierung und äußeren Einflüssen sind. Die den Sachinternationalen obliegenden besonderen Aufgaben werden dann ihrer Erfüllung näher gebracht, wenn die Anträge gründlich bearbeitet, mit Material belegt und in den Kongresssprachen überreicht durch die Gesamtinternationale vertreten werden. Internationale Ergebnisse können aus technischen wie aus staatsrechtlichen Gründen nicht so schnell erwartet werden, wie an sich wünschenswert wäre. Trotzdem müsse unbedingtes für die Durch-

von den mit dem Entgang der Arbeitsgelegenheit Betroffenen als Fluch empfunden werden. Die rationalisierende Bauwirtschaft hat nach der technischen Seite hin die Pflicht, die Wohnungen so auszugestalten, daß lebensfrohe Familien in ihnen wohnen können. Nach der wirtschaftlichen Seite hat sie dahin zu wirken, daß der Preis der Wohnungen bezahlt werden kann. Nach der sozialen Seite müssen Mittel und Wege gefunden werden, neue Arbeitsgelegenheit für die Arbeitsverdrängten zu schaffen, sei es durch Wiedergewinnung neuer Kulturbürnisse, sei es durch bessere Verteilung der Arbeitsgelegenheit, sei es durch allgemeine Arbeitszeitverkürzung. Arbeitslosigkeit im heutigen Umfange, verursacht durch Rationalisierung, führt zur Zerstückung der Familien, zur Lebensunlust der Betroffenen, zur Zurückdrängung der Kultur, zu Gefahren für den Bestand des Staates. Rationalisierung der Betriebe durch Zusammenlegung, durch Schaffung wirtschaftlich nicht gerechtfertigter Trusts und Syndikate bringt gewiß rein privatwirtschaftlich gesehen, einzelnen Vorteilen, beschwärt aber auch große Gefahren durch Unübersichtlichkeit, Zusammenballung von Wirtschaftsmacht bei einzelnen und umfängliche Arbeitslosigkeit bei falscher Leitung und falschen Dispositionen herauf. Der Mensch im Mittelpunkt der Wirtschaft muß das ethische Ziel aller Rationalisierung sein! Die interessantesten Ausführungen beleuchteten eine Reihe von Einzelheiten, die gelegentlich noch weiter behandelt werden können.

Die lebhafteste Aussprache zu diesem Vortrag zeugte von der Aktualität der behandelten Frage. Das Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Allgemeinheit kam in den Hinweisen mehrerer Redner auf die Tragbarkeit der Mietpreise zum Ausdruck. Von holländischer Seite wurde zur Behebung der Arbeitslosigkeit die Heraushebung des schulpflichtigen Alters auf 16 Jahre und entsprechend zeitigere Pensionierung älterer Arbeiter behandelt. Den Steigerungsanteil der hohen Zinssätze an den Mieten hob Kollege Wiedeberg an Beispielen hervor. Von deutscher Seite wurde weiter darauf verwiesen, daß neben einer übersteigerten Rationalisierung in Deutschland auch die aus den Reparationen sich ergebende Vorbelastung Deutschlands Mitursache an den heutigen arbeitsmarktpolitischen Zuständen sei. Wertvolle Beiträge allgemeiner Art, aber auch durch Besichtigung an Einzelbeispielen, brachten noch die Kollegen Bratmann (Belgien) und Koch (Bosnien). Allgemein wurde ausgesprochen, daß diese Frage einer weiteren Aussprache und nötigenfalls gegenseitiger schriftlicher Informationen über die Verhältnisse in den einzelnen Ländern bedürfe. An dem Ziel, die Arbeit erträglicher und fruchtbringender, das Leben lebenswerter und damit auch dem Arbeiter das Vaterland lebenswerter zu machen, will die christliche Bauarbeiterinternationale auch durch Klärung dieser Frage mitarbeiten.

Das Ostland

Undankbar und unverständlich wäre es, wenn wir bei unserem Berichte nicht auch der lebenswürdigen Gastfreundschaft unserer Kollegen im tschechoslowakischen Staatsgebiete gedenken würden. Von der Ankunft auf dem Bahnhof Marienbad bis zum Abschiedsgruß waren wir stets umgeben von hilfsbereiten Freunden, die für Unterkunft, Verpflegung, Vermittlung der Sehenswürdigkeiten und allenfallsige sprachliche Verständigung bedacht waren. Im Weltbad Marienbad, wo sonst in der Regel diejenigen weilen, die körperlich zu gut gelebt haben, waren auch einmal die Vertreter derjenigen zu Gast, denen es noch zu schlecht geht. Im Prämonstratenserkloster Tepl, einer 800 Jahre alten Ordensniederlassung, konnten wir geistige Arbeit, unermessliche Bibliotheken und ein hochkünstlerisches Gotteshaus fleißiger Ordensleute bewundern. Karlsbad mit seinen heißen Quellen stellte uns vom Bürgermeisteramt eine Führung zur Verjüngung, Franzensbad, das Herz- und Frauenheilbad, ließ uns durch seinen Bürgermeister selbst begrüßen. Was lag näher, als bei dieser Schau vielfältigster Heilbäder, bei dem Sehen vieler Menschen, denen Bäderaufenthalt angenehmer Zeitvertreib ist, aber auch beim Sehen der vielen, die von schweren Leiden Heilung suchen, zu wünschen, daß die Gottesgaben dieser Heilquellen auch leichter unseren kranken Arbeitern, ihren Frauen und Kindern erreichbar gemacht werden. Das nordböhmische Industriegebiet umfaßt Kohlenbergbau aus der Tiefe und von Tagebauen, Porzellan-, Zement- und chemische Produktion. Prag, die Hauptstadt eines neuaufrubenden Staates, bietet eine ungeheure Fülle historischer und neuerer Bauten. Auf dem Boden dieser vielleicht ältesten Hauptstadt Mitteleuropas haben sich die verschiedensten politischen und religiösen Kämpfe abgepielt und ihre Spuren hinterlassen. Unseren Freunden auch an dieser Stelle ein herzliches Dankeswort für ihre Obforge.

Kenntnis ausländischer Baukultur, Kenntnis ausländischer Sitten erweitert das Gesichtsbild, bildet aber auch zugleich einen Ansporn, im eigenen Vaterlande und für den eigenen Stand mit neuem Eifer weiterzuarbeiten. Eine Internationale des Guten, des

edelsten Wettbewerbes der Berufsangehörigen und damit der Volksallgemeinheit, das ist unsere Auffassung von internationalen Verbindungen!

Wo können Baukosten gespart werden?

Nachdem wir bereits vor zwei Jahren einen ersten Versuch zur Klärung der Baukostenfrage unternommen haben, der von dem Arbeitgeber des Baugewerbes merkwürdigerweise totgeschwiegen wurde, scheint mittlerweile auch den Bauunternehmern die Wichtigkeit dieser Frage bewußt geworden zu sein. Im „Baugewerbe“ Nr. 36 wird unter obiger Ueberschrift folgende Aufstellung über die Verteilung der Baukosten eines Bauobjekts veröffentlicht:

	R.M.	%
Löhne auf der Baustelle, dem Werkplatz, in den Werkstätten	rd. 228 400.—	41,3
Löhne für Herstellung der Materialien	„ 111 600.—	20,2
Frachten und Fuhrlohn	„ 29 500.—	5,3
Materialwerte einschl. Rohle	„ 76 100.—	13,7
Soziale Lasten einschl. Geschäftsunkosten und Steuern für alle Unternehmer	„ 80 000.—	14,5
Gewinn bzw. Verzinsung der Betriebskapitalien für alle am Bau beschäftigten Unternehmer	„ 27 600.—	5,0
Summe	rd. 553 200.—	100,0

Wir freuen uns, daß die Unternehmer an die eigentlich für sie selbstverständliche Aufgabe, die Frage der Baukosten zu klären, nunmehr herangehen. Unsere Freude würde noch größer sein, wenn nicht bestimmte Absichten an allen Ecken herausstauten. Es mutet etwas befremdlich an, daß die Unternehmer von vornherein die Geringsfügigkeit des Gewinnes betonen und sich gegen dessen Kürzung verwahren. Im allgemeinen verteidigt sich niemand, wenn er nicht angegriffen wird, es sei denn, ein gewisses unbequemes Gefühl treibt ihn zur Verteidigung. Präventivabwehr dieser Art wirkt auf den Außenstehenden immer etwas eigenartig. Weshalb teilt man den Kosten „Soziale Lasten, einschließlich Geschäftsunkosten und Steuern für alle Unternehmer“ nicht näher auf? Offenbar doch, weil sich dann herausstellen würde, daß es sich in der Hauptsache bei diesem Posten um „Geschäftsunkosten“ handelt. Was sich in diesem Wort alles verbergen mag, lassen wir dahingestellt. Nebenbei gesagt, ist vermutlich auch die Voranstellung der „Sozialen Lasten“ nicht ohne Absicht erfolgt. Man will wohl den Eindruck erwecken, als ob es sich bei diesem Posten überhaupt nur oder doch in der Hauptsache um Sozialbeiträge handelt. Dabei machen die Sozialbeiträge in diesem Falle nach vorsichtiger Schätzung nur etwa 3,3 Prozent der Gesamtkosten aus; so daß für Geschäftsunkosten und Steuern etwa 11,2 Prozent bleiben.

Deutlicher noch ist die Tendenz der Aufstellung in den übrigen Positionen. Wir haben schon manche Bauabrechnung aus allen Teilen des Reiches gesehen, aber einen Anteil der Löhne auf der Baustelle an den Baukosten von 41 Prozent haben wir nie feststellen können. Im allgemeinen dürfte der Lohnanteil 35 bis 36 Prozent betragen. Das ist immerhin schon ein kleiner Unterschied. Was soll es dann weiter heißen, daß in eine Baukostenaufstellung auch die Löhne für die Herstellung von Materialien einbezogen werden? Es ist eine immerhin etwas ungewöhnliche Methode, in die Lohnkosten eines Fertigproduktes auch die Lohnkosten der Roh- und Zwischenprodukte einzubeziehen. Der Zweck ist hier offenbar der, das Augenmerk der Deffektivität von den übrigen Faktoren der Baukosten ab- und lediglich auf die Lohnkosten hinzulenken. Selbstverständlich werden im Rahmen der Klärung der Baukosten auch die Materialkosten untersucht werden müssen; aber die Materialkosten sind eine Frage für sich, und ihre Zusammenfassung ist nicht ohne weiteres mit den Baukosten zu verquiden. Wenn man aber diese Fragen schon einbezieht, kann man nicht bei dem Lohnanteil stehen bleiben. Dann werden in erster Linie auch der Gewinnanteil an den Materialkosten und die Bedeutung der Kartellierung im Baustoffgewerbe für die Höhe der Baustoffpreise untersucht werden müssen.

Nebenbei erwähnt der Verfasser des betreffenden Artikels auch kurz andere Ersparnismöglichkeiten: Senkung der Soziallasten, Steuern, Geschäftsunkosten und der behördlichen Unkosten, verbilligte Baugelder usw. Daß eine Senkung der Baukosten nicht auf Kosten der Sozialleistungen erfolgen kann, bedarf keiner Frage. Wenn man unternehmerseits aber den anderen Faktoren größere Aufmerksamkeit zuwenden würde, so wäre das sehr zu begrüßen. Mit der vorliegenden einseitigen Aufstellung ist der Lösung der Baukostenfrage noch nicht gedient.

Kollegen, werbt jederzeit!

**Was du als wahr erkannt,
Verkünd' es sonder Zagen,
Nur trachte, Wahrheit stets
Mit mildem Wort zu sagen.**

Betty Parli.

führung internationaler Bindungen gearbeitet werden. In den zehn Jahren internationaler Sozialarbeit sei doch schon vieles erreicht und viele neue Ansätze gemacht. Nicht übersehen werden dürfe, daß in vielen Ländern soziale Grundzüge, die in den alten Kulturländern tagsbekannt seien, sich dort erst geistige Heimat erwerben müßten. Der moralische Druck, den das internationale Arbeitsamt und seine alljährlichen Veröffentlichungen, dann aber auch das Recht der Delegierten zu sozialen Unterlassungen einzelner Länder öffentlich Stellung zu nehmen, seien wertvolle Hilfsmittel, um die Welt mit sozialem Geist zu durchsäubern.

Kollege Berghoff vom Malerverband gab in diesem Zusammenhang interessante Mitteilungen über die Kleinreisverordnung. Kollege Wiedeberg sprach zu der Rationalisierung des Washingtoner Abkommens mit 2400 Jahresarbeitsstunden. Für die Hochindustrieländer sei diese Jahresarbeitszeit durch die Tatsache der verkürzten Beschäftigungsdauer infolge Auftragsmangel gelöst, wenn auch nicht in dem Sinne, wie ursprünglich gedacht war. Kollege Schwaßma (Holland) verwies auf den Gegensatz, der in dem unbefriedigenden organisatorischen Verhältnis der Arbeiterchaft Frankreichs (Syndikalistische und lokale Organisationen) und in der starken öffentlichen Betätigung Frankreichs in der internationalen Arbeitsorganisation liege. Kollege Henriot (Karlsruhe) verwies besonders auf die sittliche Seite eines internationalen Sozialrechtes und auf die Notwendigkeit, die Wirtschaftskonkurrenz nicht durch Einschränkung sozialer Bedürfnisse zu betreiben. Die weitere Aussprache berührte noch viele internationale Sozialprobleme und fand ihren klaffenden Ausklang in den Worten des Kollegen Müller (St. Gallen): „Das soziale Gesicht der Welt ist heute nicht mehr ohne die internationale Arbeiterorganisation denkbar.“

Die Bauwirtschaft im Lichte der Rationalisierung

behandelte Kollege Henriot (Karlsruhe). Durch das Schlüsselwort „Nacht und die Erde untertan“ ist die Notwendigkeit schon zur zweckmäßigen Bewertung ihrer Kräfte und Fähigkeiten angehalten. Rationalisierung soll zweckmäßige Auswertung der Arbeitskraft, zweckmäßige Bewertung der Arbeitsmaterialien rein technisch bedeuten. Sie soll aber neben Wirtschaftlichkeit auch Kulturfortschritt bringen. Die heutige Form der Rationalisierung geht noch zu sehr unter dem Begriff des möglichst vielverdienendens der Unternehmer und übersehen die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Schäden einer vereinfachten Arbeitsweise und nach Schema hergestellter Arbeitsprodukte. Wo unter Rationalisierung der Bauweise heute, einseitige Bauprodukte, engherzichtigste Wohnungen, farblose oder falsch verfarbte Jalousien und Ankerkonstruktion verstanden wird, da wird die Lebens- und Wohlfahrt getötet. Wo die durch zeitparende Arbeitsmethoden freigesetzten Arbeitskräfte ihrem Schicksal überlassen werden, da mag solche Rationalisierung

Arbeitslosenfeststellung im Verband für August

Die Arbeitslosenberichte vom Monat August aus den einzelnen Verbandsbezirken ergeben, daß die Verbesserung der baugewerblichen Wirtschaftslage bereits zum Stillstand gekommen ist. Gegenüber der Arbeitslosenfeststellung vom Juli mit 42,30 Prozent weist der August die Zahl der Beschäftigungslosen mit 43,29 Prozent, also einer rund einprozentigen Mehrung aus. Die Vergleichszahlen vom August v. J. sind 13,44 Prozent. Die Minderung der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Bezirken weist gegenüber dem Vormonat für fünf Bezirke eine bescheidene Verbesserung und für sieben Bezirke eine Verschlechterung aus. Arbeitslos gemeldet waren in den einzelnen Bezirken in Prozenten der Mitgliederzahl:

1. Berlin 33,81%	7. Köln 42,14%
2. Bochum 41,42%	8. Königsberg 40,47%
3. Breslau 44,79%	9. München 47,12%
4. Frankfurt 58,69%	10. Münster 39,48%
5. Hannover 42,23%	11. Nürnberg 41,90%
6. Karlsruhe 44,15%	12. Paderborn 46,66%

Wirkungen des Zusatzbauprogramms der Reichsregierung können bei der Kürze der Zeit noch nicht erwartet werden; in der Hauptsache werden sie sich auch mehr unsichtbar, also in einer Weiterbeschäftigung der in Arbeit Befindlichen auswirken. Wenn bei der Reichsregierung hinsichtlich Gewährung der Krisenfürsorge an die Bauarbeiter allenfalls wahlpolitische Bedenken bestanden haben sollten, man also aus der Besorgnis, nicht des „Stimmkaufs“ geziehen zu werden, zurückgehalten hat, dann sind auch jetzt nach erfolgter Wahl diese Bedenken hinfällig. Auf jeden Fall ist alsbaldige Stellungnahme der Behörden notwendig, damit die arbeitslosen Bauarbeiter wissen, wo sie ihre Kartoffeln und Kohlen holen müssen.

Wahlkampfbesprechungen

Der „Grundstein“ hat sich seiner „Pflicht“, als Organ einer laut Säkung „politisch neutralen“ Organisation für die Sozialdemokratische Partei einzutreten, nach besten Kräften unterzogen. Sicher ist das für seine christlich und nicht sozialistisch gesinnten Leser und Verbandsmitglieder der beste Anschauungsunterricht. Auch die Bezirksverbände des Baugewerksbundes haben entsprechend der Anweisung der Beiratsitzung vom 30. Juli auf diesem Gebiet ihre „Pflicht“ getan. Die Sozialdemokratische Partei kann ob solcher Wahlhelfer und Zutreiber „bis ins letzte Dorf“ schmunzelnd zufrieden sein. Unverständlich bleibt nur, warum der „Grundstein“ sich gar so in der Rolle eines Gladiators gegen uns gefällt. Wir haben es für unsere Pflicht gehalten, die Verantwortungslosigkeit der vom „Grundstein“ gedeckten Sozialdemokratischen Partei in das richtige Licht zu setzen. Dabei liegt uns jede Rechthaberei fern, denn wir wissen reale Kräfte durchaus einzuschätzen. Notwendig bleibt aber, daß alle diejenigen, die dem Arbeiterstand dienen wollen, vom Arbeitervolk auch als wirklich Wohneinende betrachtet werden können. Die Art, wie heute Kommunisten und Nationalsozialisten die Ehrenhaftigkeit von Personen und Parteien zu untergraben versuchen, sollte schon aus reinem Zweckinteresse heraus, Ansporn sein, bei sozialen und politischen Fragen, mehr auf den Grund und weniger auf die Taktik zu sehen. Hier muß die vom „Grundstein“ gedeckte Sozialdemokratie schon noch mehr tun, wenn nicht der gesamten Arbeiterbewegung und ihren Führern daraus großer Schaden erwachsen soll.

Der „Grundstein“ reißt sich in Nr. 37 erneut an uns. Er kann uns nicht widerlegen und ergeht sich deshalb in viden Ausdrücken, die seine Berärgerung deutlich beweisen. Seine Polemiken in Frage Kränklichkeit, Krisenunterstützung sind so unsachlich, daß bestimmt keine Gegenantwort erwartet wird. Vorsicht wäre immerhin zu empfehlen, damit nicht ihm und seinesgleichen Feindschaften erwachsen, wie sie einer Partei passierten, die im Februar 1929 geschwollene Anträge zur Krisenunterstützung stellte und diese Anträge schleunigst zurückzog, als andere Parteien Miene machten, dafür zu stimmen. Auch Panzerkreuzer- und Kinderpeisungsagitation und die von den Kommunisten übernommenen ehemaligen sozialistischen Anträge im Reichstag sollten doch Anlaß genug sein, etwas vorsichtiger zu sein.

Mit der Sozialdemokratie hat auch der „Grundstein“ nie begriffen, um was es für alle, die guten Willens sind, im verflochtenen Wahlkampf ging. Möge es ihm eine Zeitung sagen, die der „Grundstein“ in Nr. 37 selbst als Kronzeugin für die eigene Auffassung gegenüber einer „Unternehmerideologie“ herbeiruft. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt in Nr. 666 der Ausgabe vom 7. September über das Verhalten und die innere Verfassung der Sozialdemokratie von heute wörtlich folgendes: „Zentrum und Sozialdemokratie haben in der Weimarer Koalition mit der alten

Am 20. Sept. 1930 ist der achtunddreißigste Wochenbeitrag für das Jahr 1930 fällig.

Demokratischen Partei entscheidend mitgebaut an der Verfassung der Republik, an der Aufrichtung und der Verwirklichung der Demokratie. So war es im Reich, so ist es auch heute noch in Preußen. Aber der Sozialdemokratie haben im Reich je länger, desto mehr die Führer gefehlt, die diese große Fraktion, die weitaus größte der bisherigen Reichstage, durch innere Autorität konsequent auf den neuen Wegen positiver Arbeit hätten halten können, deren Notwendigkeit sie doch erkannten. Daß das Kabinett des Sozialdemokraten Hermann Müller nach allem trüben Hin und Her in diesem Frühjahr durch seine eigene Fraktion zum Rücktritt gebracht wurde, war der deutliche Beweis. Diese riesige Partei ist heute im Grunde klein, weil ihre parlamentarische Vertretung überwiegend aus kleinen Menschen besteht, aus Menschen mit engem Horizont, mit kleinen Gesichtspunkten und ohne die Einsicht der Unterordnung unter das Große. Diese kleinen Menschen fühlen sich ganz naturgemäß auch heute wieder sehr wohl in der bequemen Rolle der Opposition. Und darum führt diese große Partei, auf die so viel ankommt, heute (mit wenigen Ausnahmen) auch einen kleinen Wahlkampf, mit einer ganz billigen, ganz an der Oberfläche bleibenden, oftmals einfach demagogischen Agitation. Die Fraktion wird im neuen Reichstag qualitativ nicht besser sein als im alten. Sie droht, sich jetzt zum Gefangenen ihrer eigenen Agitationsstriche zu machen. Sie zu einer Klaren, entschlossenen, positiv den sachlichen Aufgaben gerecht werdenden Politik zu führen, wird nach diesem Wahlkampf eher noch schwerer sein als vor ihm.“

Wenn dieser Reichstagswahlkampf, der die Wirtschaftsentwicklung bestimmt im ungünstigen Sinn beeinflusst hat, der Sozialdemokratie und ihren Nachläufern die eine Lehre und die dauernde Beachtung beigebracht haben sollte, daß Verantwortlichkeit vor der Volksgemeinschaft über das enge Parteiinteresse geht, dann wäre wenigstens ein kleiner Erfolg des schwarzen Freitags (18. Juli) zu buchen.

Es geht um die deutsche Republik!
Es geht um soziale Rechte!
Es geht um der Arbeiter Zukunftsgesicht,
Und gegen des Mammons Mächte!
Sagt Tiefs.

Fester Grund sei deinem Fuß:
Nie dein Wort zu brechen;
Drum vor allem hüte dich,
Großes zu versprechen!
Aber auf dich selbst gestellt,
Handle groß im Leben,
Gleich als hättest du der Welt
Drauf dein Wort gegeben.
Sagt J. Hammer.

Die Bautätigkeit im Jahre 1929

Nach „Wirtschaft und Statistik“ hat die Wohnungsbautätigkeit des Jahres 1929 die schon sehr hohen Bauleistungen des Jahres 1928 noch etwas übertraffen. Die Gesamtzahl der neu errichteten Wohnungen belief sich auf rund 339 000 gegen 330 000 im Jahre 1928 oder 2,5 Prozent mehr. Im einzelnen entfielen auf

	1929	1928	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegen 1928
Wohnungszugang in Neubauten	315 703	306 825	+ 2,9%
darunter in Wohngebäuden	312 270	303 327	+ 2,9%
Wohnungszugang durch Umbauten	23 099	23 617	- 2,2%
Zugang an Neuwohnungen insgesamt	338 802	330 442	+ 2,5%
Abgang von Wohnungen durch Abbrüche, Umbauten usw.	21 120	20 680	+ 2,1%
Reinzuang an Wohnungen	317 682	309 762	+ 2,6%

Der Reinzuang betrug mithin rd. 318 000 Wohnungen gegen 310 000 im Jahre 1928 oder 2,6 Prozent mehr. Dadurch konnte der aus dem Vorjahr übernommene Fehlstand, wenn man den laufenden Bedarf der letzten Jahre auf etwa 225 000 Wohnungen beranschlagt, um über 90 000 verringert werden, 1928 um rd. 55 000, 1927 um rd. 65 000, zusammen um über 240 000. Die Gesamtleistung der Nachkriegszeit im Wohnungsbau beläuft sich auf 2 095 000 Neuwohnungen, der Reinzuang auf 1 966 000 Wohnungen.

Die in den letzten Jahren zu beobachtende Bevorzugung des Baues von größeren Wohngebäuden mit zahlreichen Wohnungen hat sich im Jahre 1929, wie bereits aus den Angaben der Groß- und Mittelstädte zu entnehmen war, in verstärktem Maße durchgeführt. Während die Zahl der neu errichteten Wohnungen 1929 größer war als 1928, betrug die Zahl der fertiggestellten Wohngebäude nur 131 000 gegen 137 000 im Jahre 1928, also 4,8 Prozent weniger (1928: 4,5 Prozent mehr als 1927). Der Rückgang der

Gesamtzahl der Wohngebäude ist ausschließlich auf den Rückgang an Kleinhäusern zurückzuführen. Es wurden Wohngebäude errichtet

	1929	1928	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegen 1928
Kleinhäuser	104 658	114 000	- 8,2%
Mittel- und Großhäuser	26 125	23 306	+ 12,1%
zusammen	130 783	137 306	- 4,8%

Der Anteil der Kleinhäuser an der Gesamtzahl der neu errichteten Wohngebäude ist damit von 86,9 Prozent im Jahre 1925 und 83,0 Prozent im Jahre 1928 auf 80,0 Prozent im Jahre 1929 zurückgegangen. Dementsprechend hat die Durchschnittsgröße der Wohnhäuser nach der Zahl der in ihnen gelegenen Wohnungen im Berichtsjahr etwas stärker zugenommen als in den Vorjahren. 1926 trafen auf ein Wohngebäude durchschnittlich 2,0 Wohnungen, 1927: 2,1, 1928: 2,2 und im Berichtsjahr 2,4 Wohnungen.

Unter den Bauherren überwiegen bei weitem die privaten Bauherren; ihr Anteil am Wohnungsbau ist aber wiederum zurückgegangen. Von je 100 Wohnungen in Wohngebäuden wurden erbaut

	1929	1928	1927
von öffentlichen Körperschaften	9,6	10,4	11,8
von gemeinnützigen Gesellschaften	34,9	30,0	27,9
von (sonstigen) privaten Bauherren	55,5	59,6	60,3

Die Tätigkeit der gemeinnützigen Baugesellschaften dagegen hat sich erweitert, was mit der Steigerung der Bautätigkeit in den Großstädten, dem Hauptwirkungsfeld der gemeinnützigen Baugesellschaften, zusammenhängen dürfte.

Die gesamte Bauleistung an Nichtwohngebäude (d. i. Gebäude für öffentliche, gewerbliche oder landwirtschaftliche Zwecke) betrug 1929 auf über 60 Millionen Kubikmeter umbauten Raum. Es wurden 2815 öffentliche Gebäude mit 9,7 Mill. Kubikmeter umbautem Raum und 68 649 Gebäude für gewerbliche oder landwirtschaftliche Zwecke mit 50,7 Mill. Kubikmeter errichtet, insgesamt*) 71 915 Nichtwohngebäude gegen 79 306 im Vorjahr oder 9,3 Prozent weniger.

Allgemeine Rundschau

Minister Hirtfelder fordert Bauen ohne Hindernisse

Der preussische Wohlfahrtsminister Hirtfelder hat folgenden bedeutsamen Erlaß herausgegeben:

„Die große Zahl der Erwerbslosen und die schwierige Lage der gesamten Wirtschaft nötigen dazu, jedes Unternehmen, bei dem Arbeitskräfte beschäftigt werden, in jeder Weise auch durch die Behörden zu fördern. Aus diesem Grunde werden die Baupolizeibehörden, aber auch alle sonstigen bei der Ausführung von Bauten beteiligten Behörden, insbesondere die Gemeindebehörden, allen Bauvorhaben gegenüber größtes Entgegenkommen zeigen müssen. Dieses Entgegenkommen wird in erster Linie in einer möglichst beschleunigten geschäftlichen Behandlung der Bauanträge zu bestehen haben; jede Dienststelle muß das Bestreben haben, Verzögerungen zu vermeiden.“

Aber auch sachlich ist ein weitgehendes Entgegenkommen erforderlich; hierbei ist davon auszugehen, daß auch die Ausführung privater Bauten nicht nur privaten Interessen dient, sondern gerade in einer Zeit der Wirtschaftskrise der Allgemeinheit in verstärktem Maße zugute kommt. Wenn auch das Entgegenkommen nicht dazu führen darf, daß sich die Bauherren und Bauunternehmer willkürlich über die Forderungen hinwegsetzen, die der Sicherheit und dem Bestreben auf Schaffung gesunder Wohnungen dienen, so wird doch in einer Zeit der wirtschaftlichen Not von der Durchführung mancher Forderungen im Wege der Ausnahme oder der Befreiung abgesehen werden können, deren Erfüllung zu anderer Zeit unerlässlich erscheint.

Die Baupolizei wird ihre Genehmigungstätigkeit ferner nicht allein in der Richtung auszuüben haben, daß sie die eingereichten Bauvorhaben prüft, sie wird vielmehr in den Fällen, in denen sie das Bauvorhaben nicht unverändert genehmigen kann, dieses nicht einfach abzulehnen, sondern durch sachgemäße Beratung des Bauherren eine Lösung anzustreben haben, die unter Berücksichtigung der berechtigten privaten und der öffentlichen Interessen eine möglichst beschleunigte Ausführung des Bauvorhabens ermöglicht.“

Arbeitgeber gegen Lohnsenkung — in Australien

Durch den Preisfall von Weizen und Wolle geriet Australien in eine heftige Wirtschaftskrise. Interessant ist die Haltung, die die australischen Arbeitgeber vor den Lohnsichtungsbehörden des australischen Staates Queensland eingenommen haben, als die Frage behandelt wurde, ob infolge einer geringfügigen Herabsetzung der Lebenshaltungskosten der gesetzliche Minimallohn von 85 Schillingen (1 Schilling = etwa 1 RM.) gesenkt werden soll.

Der Gerichtshof, der die Entscheidung zu fällen hatte, stellte in seinem Urteil fest, daß die Mehrzahl

*) einschließlich Zinsen

